

# Zivilgesellschaft in Asien

Kambodscha

## Abbau von demokratischen, Aufbau von repressiven Strukturen

*Die Menschenrechtslage in Kambodscha verschlechtert sich seit Jahren. Zivilgesellschaft, politische Opposition und Medien stehen unter Druck und werden systematisch verfolgt. Seit der Corona-Pandemie nimmt die Online-Überwachung zu, auch im digitalen Raum schrumpfen Handlungsspielräume immer mehr.*

Nachdem die vereinigte Oppositionspartei CNRP bei den Wahlen 2013 beachtliche Erfolge erzielen konnte, hoffte ein großer Teil der Bevölkerung auf einen demokratischen Umschwung. Dem setzten Premier Hun Sen und seine Regierungspartei CPP ein jähes Ende. Die CNRP wurde 2017 verboten. 138 Oppositionelle wurden danach wegen „Verschwörung gegen den Staat“ angeklagt; ihnen drohen bis zu 10 Jahren Haft. Dem letzten Oppositionsführer Kem Sokha wird Hochverrat vorgeworfen. Kambodscha ist seit her *de facto* ein Einparteienstaat.

*Arbeiter:innenstreik gegen Casino NagaWorld: Eine Streikende der Gewerkschaft LRSU wird von Sicherheitsbehörden weggeschleppt, bevor sie in ein Quarantänezentrum gebracht wird. (Foto: LICADHO)*



Seit 2015 wurden zahlreiche restriktive Gesetze geschaffen, z.B. ein Gewerkschaftsgesetz (2015) und NGO-Gesetz (2016). Weitere Verordnungen folgten, u.a. ein Majestätsbeleidigungsgesetz (2018) nach thailändischem Vorbild. Während der Pandemie wurde ein kontroverses Notstandsgesetz (2020) verabschiedet, ihm folgte 2021 ein Gesetz zur Einschränkung der Ausbreitung von COVID-19, welches Gefängnisstrafen von bis zu 20 Jahren vorsieht. An diesen und anderen Gesetzen bedienen sich Behörden wie an einem Werkzeugkoffer, um unliebsame Stimmen aus dem Weg zu räumen. Beispielsweise wurde Anfang 2022 das COVID-19-Gesetz gezielt missbraucht, um den Streik von Beschäftigten gegen das politisch gut vernetzte Casino NagaWorld in Phnom Penh gewaltsam zu unterdrücken. Hunderte Streikende wurden wiederholt in „Quarantänezentren“ weggesperrt, mehrere Gewerkschaftsführer:innen angeklagt und inhaftiert.<sup>1</sup>

Kritische NGOs und ihre Mitarbeitenden sind regelmäßig Schikanen ausgesetzt, werden bedroht und verfolgt. Zahlreiche Aktivist:innen wurden mit fingierten Anklagen, z.B. wegen „sozialer Unruhe“ oder „Verschwörung gegen den Staat“, inhaftiert und angeklagt. Kambodscha zählt über 70 politische Gefangene. Das Recht auf Versammlungsfreiheit wird regelmäßig missachtet und eingeschränkt. Kundgebungen, Streiks und Demonstrationen werden oft verboten oder durch Sicherheitskräfte wieder aufgelöst. Der UN-Menschenrechtsausschuss äußerte sich im März 2022 besorgt über die Lage der bürgerlichen und politischen Rechte in Kambodscha.<sup>2</sup>

1 LICADHO (2022): Joint Statement: Stop Escalating Crackdown on LRSU Striker. URL: <https://www.licadho-cambodia.org/pressrelease.php?perm=495>

2 FIDH (2022): Cambodia: UN body slams violations of civil and political rights. URL: <https://www.fidh.org/en/region/asia/cambodia/un-body-slams-violations-of-civil-and-political-rights>

Größere unabhängige Medien wurden ausgeschaltet, zahlreiche Medienlizenzen widerrufen. Unabhängig berichtende Journalist:innen werden drangsaliert und sogar körperlich angegriffen, es gab Verhaftungen von Medienschaffenden mit fingierten Anklagen. Im Index der Pressefreiheit von *Reporter ohne Grenzen* liegt Kambodscha mittlerweile auf Rang 144 von 180 (2021).<sup>3</sup>

## Entzug von Handelspräferenzen

2020 reagierte die Europäische Kommission auf den Demokratieabbau und die systematischen Menschenrechtsverletzungen mit dem Teilentzug der Zollpräferenzen Kambodschas im Rahmen des ‚Alles außer Waffen‘-Handelsabkommens. Die Auswirkungen lassen sich bisher nur schwer messen, da das Land seit 2020 von einer zähen Wirtschaftskrise im Zuge der Corona-Pandemie betroffen ist. Politisch und wirtschaftlich orientiert sich das Hun Sen-Regime aber ohnehin seit Jahren eng an China – Kambodscha gilt als engster Verbündeter Chinas in Südostasien.

2022 hat Kambodscha den ASEAN-Vorsitz inne. Angesichts der antidemokratischen Haltung der kambodschanischen Regierung droht eine Spaltung des Verbands, insbesondere mit Blick auf den Konflikt in Myanmar.

## Schrumpfender digitaler Raum

Repressionen werden zunehmend systematisch in den digitalen Raum, wo zuvor noch größere Freiräume lagen, übertragen. Mit der Einrichtung eines ‚National Internet Gateway‘<sup>4</sup> soll der gesamte Datenverkehr im Land kontrolliert werden; das Gateway ist aber aufgrund der bislang fehlenden technischen Infrastruktur noch nicht operativ. Ein Entwurf eines Cyberkriminalitätsgesetzes, wodurch Behörden weitere Möglichkeiten zur Überwachung und Kriminalisierung von Meinungen haben, liegt vor.

3 Reporter ohne Grenzen (2022): Länderseite Kambodscha. URL: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/kambodscha>

4 Sopheap Chak (2021): Kambodschas National Internet Gateway – ein Vorwand, um digitale Rechte einzuschränken? URL: <https://www.asienhaus.de/nc/aktuelles/detail/blickwechsel-kambodschas-national-internet-gateway-ein-vorwand-um-digitale-rechte-einzuschaerlen/>

## Wahlen 2022 und 2023

Im Juni 2022 finden Kommunal- und 2023 Parlamentswahlen statt. Viele der ehemaligen CNRP-Mitglieder sind weiter von politischen Aktivitäten ausgeschlossen. Die Candlelight Partei, eine neu entstandene politische Basisbewegung, stellt die einzige ernsthafte Opposition dar. Partei und Mitglieder werden unter Druck gesetzt oder z.B. durch die von CPP kontrollierte Nationale Wahlkommission unter vagen Gründen von Wahllisten gestrichen. Ende 2021 erklärte Hun Sen seinen Sohn Hun Manet, den derzeitigen Armeechef, zu seinem Nachfolger und bereitet damit den Weg für eine Hun-Dynastie vor.

## Empfehlungen

Wir bitten die Abgeordneten des Bundestages sowie die Vertreter:innen der Bundesregierung, sich im Dialog mit Kambodschas Parlamentarier:innen und Regierungsvertreter:innen dafür einzusetzen, dass

- alle politischen Gefangenen freigelassen werden; willkürlichen Anklagen gegen Aktivist:innen fallengelassen werden; das Verbot der Oppositionspartei CNRP rückgängig gemacht wird; und bestehende und geplante restriktive Gesetze und Verordnungen aufgehoben beziehungsweise nicht in der Form verabschiedet werden;
- die Deutsche Botschaft inhaftierte Menschenrechtsverteidiger:innen, Umweltaktivist:innen, Gewerkschafter:innen und Oppositionelle sowie deren Familienangehörige regelmäßig besucht, Gerichtsverhandlungen beiwohnt und Schutzmaßnahmen für bedrohte Menschenrechtsverteidiger:innen unterstützt bzw. bereitstellt, z.B. durch die rasche Ausstellung von Visa für temporäre Schutzaufenthalte in Deutschland;
- Schikane und politisch motivierte Verhaftungen und Anklagen von Menschenrechtsverteidiger:innen, Aktivist:innen, Gewerkschafter:innen, und Opposition Anhänger:innen öffentlich und deutlich verurteilt werden. ■